

GFNP-Änderung lfd. Nr. 53 Gewerbepark Schalke-Nord

Teil A: Begründung

1	Anlass und Erfordernis der Änderung	2
2	Planungsrechtliche Vorgaben	2
2.1	Vorgaben des Regionalplans Ruhr	2
2.2	Vorgaben des Regionalen Flächennutzungsplans (RFNP)	2
2.3	Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung	3
2.4	Darstellungen/Festsetzungen des Landschaftsplanes/der Landschaftspläne	3
2.5	Bebauungsplanung	3
2.6	Sonstige informelle Planungen	3
2.6.1	Räumliches Strukturkonzept (RSK)	3
3	Gegenstand der Änderung	4
3.1	Geltungsbereich, Lage und Beschreibung des Änderungsbereiches	4
3.2	Änderung der zeichnerischen Darstellung	4
3.3	Bedarfsnachweis	4
3.4	Alternative Entwicklungsmöglichkeiten	5
4	Darstellung von (änderungsbezogenen) Gutachten oder Studien	5
4.1	Artenschutz und Naturschutz	5
4.2	Altlasten	5
4.3	Wärmeversorgung	5
5	Sonstige Belange	6
5.1	Immissionsschutz	6
5.2	Technische Infrastruktur	6
5.3	Bodendenkmalpflege	6
5.4	Bodenschutzklausel	6
5.5	Klimaschutzklausel	6
5.6	Seveso III	7
5.7	Starkregen und Überflutungen	7
5.8	Vorsorgender Hochwasserschutz	7
6	Verfahrensablauf	8
6.1	Verfahren	8
6.2	Einvernehmen des RVR	8
6.3	Umgang mit den Stellungnahmen	8
7	Flächenbilanz / Umweltmonitoring	8

Stand: August 2023

Teil A: Begründung

Der mit dem Feststellungsbeschluss der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) zum Regionalplan Ruhr aus dem Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP) übergeleitete Gemeinsame Flächennutzungsplan (GFNP) stellt gem. § 5 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 204 Abs. 1 BauGB für die beteiligten Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen die beabsichtigte städtebauliche Entwicklung in den Grundzügen dar. Der GFNP enthält, im Gegensatz zum RFNP, keine raumordnerischen Festlegungen mehr. Dieses Änderungsverfahren wurde als RFNP-Verfahren begonnen und wird nun als GFNP-Verfahren zu Ende geführt.

1 Anlass und Erfordernis der Änderung

Im RFNP ist eine Fläche für einen örtlichen Hauptverkehrszug dargestellt, der von der Anschlussstelle Schalke der BAB A 42 in südlicher Richtung bis zur Kurt-Schumacher-Straße führt. Im Bereich des Gewerbegebietes Berliner Brücke verschwenkt der geplante Straßenverlauf Richtung Westen. Bis zu diesem Punkt ist die Straße (Alfred-Zingler-Straße) bereits vorhanden. Die Stadt Gelsenkirchen beabsichtigt nicht mehr, das letzte Teilstück zu bauen. Über die ebenfalls vorhandene Hochkampstraße fließt heute der Verkehr Richtung Kurt-Schumacher-Straße, allerdings eingeschränkt, da lediglich ein Rechtsabbiegen auf die Kurt-Schumacher-Straße und ein Rechtsabbiegen in die Hochkampstraße von der Kurt-Schumacher-Straße möglich ist. Die neue Straße hätte den Um- bzw. Neubau eines voll ausgebildeten Knotens mit der Kurt-Schumacher-Straße erforderlich gemacht. Durch das Änderungsverfahren wird eine Zerschneidung des Gewerbegebietes bzw. der gewerblichen Baufläche, wie sie durch die ehemalige Straßenplanung entstanden wäre, vermieden, eine Wiedernutzung der überwiegend brachgefallenen Flächen wird erleichtert. Die Straßenplanung wird auch aus Umweltgesichtspunkten nicht mehr weiterverfolgt: Die Kurt-Schumacher-Straße ist bereits durch ein sehr hohes Verkehrsaufkommen und damit hohen Lärm- und Schadstoffemissionen belastet. Diese Belastungen sollen nicht durch den Bau der Straße weiter verschärft werden. Hinzu kommen allgemeine Aspekte des Klimaschutzes und der Klimaanpassung.

Mit der Änderung ist die Anschlussstelle noch Richtung Norden an das Netz der örtlichen Hauptverkehrszüge angeschlossen. Die Fläche des örtlichen Hauptverkehrszuges wird in die umgebenden Nutzungen (gewerbliche Bauflächen und Grünflächen) integriert.

2 Planungsrechtliche Vorgaben

2.1 Vorgaben des Regionalplans Ruhr

Der Regionalplan Ruhr wurde am 10.11.2023 von der Verbandsversammlung beschlossen (Feststellungsbeschluss). Nach Durchführung des Anzeigeverfahrens wird der Regionalplan wirksam und ersetzt den regionalplanerischen Teil des RFNP.

Der Regionalplan Ruhr legt in seinem zeichnerischen Teil für den Änderungsbereich Gewerbe- und Industriebereiche (GIB) sowie Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) fest. Der Allgemeine Freiraum- und Agrarbereich entlang der Alfred-Zingler-Straße ist im Regionalplan aufgrund der Kleinteiligkeit in den ASB einbezogen worden. Textliche Ziele des Regionalplans stehen der geplanten GFNP-Änderung nicht entgegen. Die Planung entspricht somit den Vorgaben des Regionalplans Ruhr.

2.2 Vorgaben des Regionalen Flächennutzungsplans (RFNP)

Bis zur Wirksamkeit des Regionalplans Ruhr bleiben die raumordnerischen Festlegungen des Regionalen Flächennutzungsplanes in Kraft und müssen bei der Änderung beachtet

werden. Der Regionale Flächennutzungsplan legt als zeichnerisches Ziel für das Areal um den Änderungsbereich einen Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich mit Ausnahme des auf der bauleitplanerischen Ebene dargestellten Hauptverkehrszuges fest, der Gegenstand dieser Änderung ist. Für den eigentlichen Änderungsbereich gibt es keine Festlegung.

2.3 Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung

Nach § 34 LPlG ist für Flächennutzungspläne bzw. Flächennutzungsplanänderungen und für nicht aus dem FNP entwickelte Bebauungspläne ein landesplanerisches Anpassungsverfahren durchzuführen. Das Anpassungsverfahren gliedert sich in die Zielabfrage beim Regionalplanungsträger (RVR) gem. § 34 Abs. 1 LPlG zu Beginn des Bauleitplanverfahrens und die Vorlage der Planung vor der Offenlage gem. § 34 Abs. 5 LPlG.

Der regionalplanerische Inhalt des RFNP nahm hingegen nicht am landesplanerischen Zielanpassungsverfahren teil. Für die bauleitplanerischen Inhalte des RFNP war nach Auffassung des RVR als Regionalplanungsbehörde ebenfalls kein landesplanerisches Zielanpassungsverfahren erforderlich. Aus diesem Grund ist die Zielabfrage gem. § 34 Abs. 1 und 5 LPlG zu Beginn des Änderungsverfahrens bzw. vor der Offenlage, welches als RFNP-Änderungsverfahren eingeleitet wurde, nicht erfolgt.

Im Rahmen der förmlichen Beteiligung hat der RVR mit Schreiben vom 16.06.2023 eine Stellungnahme abgegeben. Demnach steht die Änderung 53 GE im Einklang mit den in Aufstellung befindlichen Zielen des RP Ruhr. Das Einvernehmen wurde in der Sitzung der Verbandsversammlung am 22.09.2023 erteilt. Die Übereinstimmung mit den landesplanerischen Zielen gemäß § 34 Abs. 1 und 5 wurde vom RVR nachträglich bescheinigt.

2.4 Darstellungen/Festsetzungen des Landschaftsplanes/der Landschaftspläne

Das Plangebiet befindet sich nicht im Geltungsbereich des Landschaftsplanes der Stadt Gelsenkirchen.

2.5 Bebauungsplanung

Für den südlichen Teil des im Regionalplan festgelegten GIB, durch den noch der dargestellte Hauptverkehrszug verläuft, wird aktuell der Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 449 „Gewerbegebiet Berliner Brücke“ gemäß § 12 Abs. 3a BauGB mit dem Ziel einer gewerblichen Nutzung aufgestellt. Der Bebauungsplan wird ebenfalls die Schaffung einer neuen Fuß- und Radwegeverbindung am östlichen bzw. südlichen Rand des Plangebiets thematisieren. Nach Möglichkeit soll dies im Parallelverfahren erfolgen.

2.6 Sonstige informelle Planungen

2.6.1 Räumliches Strukturkonzept (RSK)

Mit dem RSK hat die Stadt Gelsenkirchen Leitstrategien und Ziele für die räumliche Entwicklung beschlossen. Das RSK ist ein städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB. Im RSK ist der gesamte gewerbliche Bereich mit dem Ziel „Aufwertung Gewerbegebiet“ versehen. Die GFNP-Änderung und der Bebauungsplan bereiten diese Aufwertung vor.

3 Gegenstand der Änderung

3.1 Geltungsbereich, Lage und Beschreibung des Änderungsbereiches

Der Geltungsbereich liegt teilweise im Stadtteil Schalke Nord und teilweise im Stadtteil Bismarck, nordwestlich der Kurt-Schumacher-Straße und südlich der BAB A 42. Im südlichen Bereich mit dem nicht gebauten Straßenabschnitt befindet sich ein weitgehend untergenutztes Gewerbe- und Industriegebiet mit einigen, noch aufstehenden Gewerbehallen. Der vormals geplante Hauptverkehrszug verläuft Richtung Norden auf einer aufgegebenen Bahntrasse und folgt anschließend dem Verlauf der Alfred-Zingler-Straße bis zur Anschlussstelle.

3.2 Änderung der zeichnerischen Darstellung

Der Änderungsbereich umfasst einen überörtlichen Hauptverkehrszug, der von der Anschlussstelle Schalke zur Kurt-Schumacher-Straße führt. Dies ist eine flächennutzungsplanerische Darstellung, eine regionalplanerische Festlegung im RFNP bestand nicht. Der südliche Teil wird künftig als gewerbliche Baufläche dargestellt. Der nördliche Teil wird in die Grünfläche einbezogen. Im Zuge der Umstellung auf den GFNP ist eine Höchstspannungsfreiteilung nachrichtlich übernommen worden.

3.3 Bedarfsnachweis

Ein Bedarfsnachweis ist in der vorliegenden Fallkonstellation nur bedingt sachgerecht, da die zusätzliche gewerbliche Baufläche von 1,4 ha bereits gewerblich genutzt wird. Auch im Regionalplan Ruhr ist der Bereich als GIB festgelegt. Es handelt sich also nicht um eine Neuinanspruchnahme, sondern es wird lediglich die Realnutzung nachvollzogen. Dennoch soll im Folgenden ein Abgleich mit den aktuellen Bedarfszahlen erfolgen:

Die raumordnerische Bewertung / Anerkennung des Bedarfs für die Darstellung neuer Siedlungsflächen für Wohnen und Gewerbe obliegt dem Regionalverband Ruhr in seiner Funktion als Regionalplanungsbehörde. Eine Aktualisierung des zugrunde gelegten Zahlenwerks erfolgte zuletzt anlässlich des überarbeiteten Entwurfs des Regionalplanes Ruhr 2022. Der Umfang der anzurechnenden Siedlungsflächenreserven basiert auf der letzten Erhebung im Rahmen des Siedlungsflächenmonitorings (SFM) Ruhr zum Stichtag 01.01.2020. Das SFM 2023 befindet sich in der Bearbeitung.

Gewerbeflächenbedarf				
auf der Grundlage der Bedarfsberechnung gem. der Erläuterung zum Ziel 6.1-1 LEP NRW (RVR 2022) im Abgleich mit den Reserven aus dem Siedlungsflächenmonitoring gem. § 4 Abs. 4 LPlG NRW (SFM Ruhr 2020)				
In ha	Gewerbeflächenbedarf 20 Jahre (netto)	Anzurechnende Gewerbeflächenreserven (netto)	Unterdeckung (netto)	Neudarstellungsbedarf FNP (brutto)
Gelsenkirchen	115,1	178,1	- 63,0,	-
Planungsgemeinschaft	844,6	622,2	222,4	278,0

Gelsenkirchen weist nach den aktuellen Zahlen eine Überdeckung mit Gewerbeflächen von 63,0 ha auf. Allerdings wurde mit dem RVR verabredet, dass die Planungsgemeinschaft als gemeinsamer Bedarfsraum geführt wird. Dadurch ist ein „Poolen“ der Bedarfe und die Entnahme von Flächenkontingenten aus diesem Pool durch einzelne Städte auch über ihren eigenen Bedarf hinaus möglich. Da die Planungsgemeinschaft ein Defizit von 222,4 ha aufweist, ist der Bedarf für die zusätzliche Gewerbefläche gegeben.

3.4 Alternative Entwicklungsmöglichkeiten

Die Alternative zur Änderung des GFNP wäre es, die Darstellungen beizubehalten und das Ziel eines durchgehenden örtlichen Hauptverkehrszuges weiter zu verfolgen. Ein Bebauungsplan, der gewerbliche Nutzungen festsetzt, wäre dann nicht aus dem GFNP entwickelbar. Auch stadtklimatische und verkehrsplanerische Gründe sprechen gegen die Beibehaltung des Hauptverkehrszuges.

4 Darstellung von (änderungsbezogenen) Gutachten oder Studien

4.1 Artenschutz und Naturschutz

Es liegen artenschutzrechtliche Fachbeiträge nach § 44 BNatSchG, Vorprüfung, Stufe I der ASP und nach § 44 BNatSchG, Vertiefende Prüfung, Stufe II der ASP vor. Im Plangebiet und in seiner Umgebung ist das Vorkommen von Zwergfledermaus, Breitflügelfledermaus und Rauhaufledermaus nachgewiesen; darüber hinaus gibt es keine Hinweise auf das Vorkommen verfahrenskritischer Arten entsprechend der VV-Artenschutz (Erlass III 4 – 616.06.01.17 des MUNLV vom 06.06.2016). Im Rahmen der ASP II werden Maßnahmen zur Vermeidung von Verbotstatbeständen des § 44 BNatSchG formuliert, die in der nachfolgenden Bebauungsplanung und der Bauausführung umgesetzt werden. Hierzu zählen z.B. die Abstimmung der Bauarbeiten auf die Aufzuchtzeiten der Fledermäuse oder die Installation von Fledermauskästen. Bei Umsetzung der Maßnahmen sind keine Auswirkungen zu erwarten.

Zusätzlich liegt ein Fachbeitrag Naturschutz zum Bebauungsplan vor. Darin wird eine Bestandserfassung und -bewertung der Schutzgüter Tiere und Pflanzen, Biotope, Biologische Vielfalt, Boden, Wasser, Klima, Landschaftsbild und natürliche Erholungseignung vorgenommen. Da die Fläche hochversiegelt ist und flächendeckend mit Altlasten belastet ist, führen die Ergebnisse zu keiner Änderung der Planung.

4.2 Altlasten

Der Bereich der gewerblichen Baufläche ist im Altlastenverdachtsflächenkataster (Gutehoffnungshütte Drahtwerke Boeker, Metallerzeugung und -verarbeitung) gelistet. Die ehemalige Bahntrasse sowie einige Altablagerungen westlich der Alfred-Zingler-Straße sind ebenfalls verzeichnet. Bauliche Maßnahmen sollen im südlichen Bereich der gewerblichen Baufläche stattfinden. Dazu werden im Bebauungsplan entsprechende vertiefende Untersuchungen stattfinden. Es liegt ein Fachbeitrag Altlasten zum Bebauungsplan Nr. 449 Berliner Brücke vor. Generell ist festgestellt worden, dass eine Entwicklung des Geländes trotz vorliegender Bodenbelastung erfolgen kann. Es kann durch die in diesem Gutachten dargestellten Erkenntnisse im Sinne des Bodenschutzrechtes von einer Verbesserung und Aufwertung der Fläche gesprochen werden.

4.3 Wärmeversorgung

Im Rahmen der Bebauungsplanung ist ein Wärmeversorgungskonzept erstellt worden. Basierend auf einer ersten wirtschaftlichen Abschätzung wurden im Laufe einer erweiterten Variantenuntersuchung, die Mischvarianten V4 (Wärmeversorgung der Gewerbeflächen über Gasdunkelstrahler und der Büroflächen (inkl. Sozialbereiche) über Fernwärme und Radiatoren) und V5 (Wärmeversorgung der Gewerbeflächen über Gasdunkelstrahler und der Büroflächen über Wärmepumpen und Radiatoren) energetisch und ökologisch bewertet.

Hierbei wird deutlich, dass die Varianten mit Fernwärme (V2 und V4) im Vergleich zu den anderen Varianten die geringsten CO₂ Emissionen beim Einsatz von Primärenergie aufzeigen.

Bezüglich der lokalen regenerativen Erzeugung gilt, dass eine Maximierung der Belegung der Dachflächen aller Gebäude mit Photovoltaikmodulen angestrebt wird. Dies ermöglicht die Kompensation der wärmeseitigen CO₂ Emissionen bis auf das 6-fache und die Kompensation der gesamtenergetischen Bedarfe bis auf das 3-fache.

5 Sonstige Belange

5.1 Immissionsschutz

Die Herausnahme des geplanten örtlichen Hauptverkehrszuges dient auch dazu, die Verkehrsbelastung der Umgebung nicht weiter ansteigen zu lassen. Insofern wird keine Verschlechterung der Situation erwartet.

5.2 Technische Infrastruktur

Der Änderungsbereich wird im südlichen Bereich von der 220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Leithe – Bismarck gequert. Inwieweit dies Auswirkungen auf die geplanten (gewerblichen) Nutzungen haben kann, wird im Bebauungsplanverfahren geklärt.

5.3 Bodendenkmalpflege

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus Erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt als Unterer Denkmalbehörde und/oder der LWL-Archäologie in Westfalen, Außenstelle Außenstelle Münster, unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens eine Woche in unverändertem Zustand zu erhalten (§ 16 u. 17 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird. Gemäß § 16 Abs. 4 DSchG NW sind notwendige Maßnahmen zur sachgemäßen Bergung des Bodendenkmals sowie zur Klärung der Fundumstände und zur Sicherung weiterer auf dem Grundstück vorhandener Bodendenkmäler zu dulden. Diese Ausführungen beziehen sich auf die Durchführung des Vorhabens. Im Rahmen der Umweltprüfung zum GFNP-Änderungsverfahren wird im Vorfeld geprüft, ob sich Anhaltspunkte in Bezug auf potenzielle Bodendenkmäler ergeben.

5.4 Bodenschutzklausel

Da keine bisher unbebauten Flächen in Anspruch genommen werden sollen, ist die Bodenschutzklausel gemäß § 1 a Abs. 2 BauGB nicht betroffen.

5.5 Klimaschutzklausel

Der Rat der Stadt hat mit Beschluss vom 10.07.2019 den Klimanotstand für die Stadt Gelsenkirchen ausgerufen. Die Weiterentwicklung des Klimakonzepts 2030/2045 ist dabei ein wesentlicher Baustein. Der Rat erkennt an, dass die Eindämmung des vom Menschen beeinflussten Klimawandels in der städtischen Politik ab sofort zu den städtischen Handlungsfeldern gehört, denen in Gelsenkirchen höchste Priorität eingeräumt wird. Die Belange des Klimaschutzes sind deshalb von Verwaltung und Politik ab sofort in gleichem Maße zu beachten, wie die Belange des Umwelt- und Naturschutzes, die Belange der sozialen Sicherung der Bürgerinnen und Bürger sowie die Belange eines funktionierenden Wirtschaftsstandortes. Von daher werden in Zukunft alle Entscheidungen mit möglichen Klimafolgen einer Folgeneinschätzung bezüglich des Klimaschutzes unterzogen und auf klimafreundliche Alternativen prioritär geprüft.

Für den Bereich der Bauleitplanung wird das Schutzgut Klima einzeln erfasst und bewertet. Hierbei fließen die für das Thema wichtigen Informationen aus den verschiedenen städtischen Konzepten mit ein. Dies betrifft das integrierte Klimaschutzkonzept der Stadt Gelsenkirchen mit u.a. Klimaanalyse und Planungshinweisen.

5.6 Seveso III

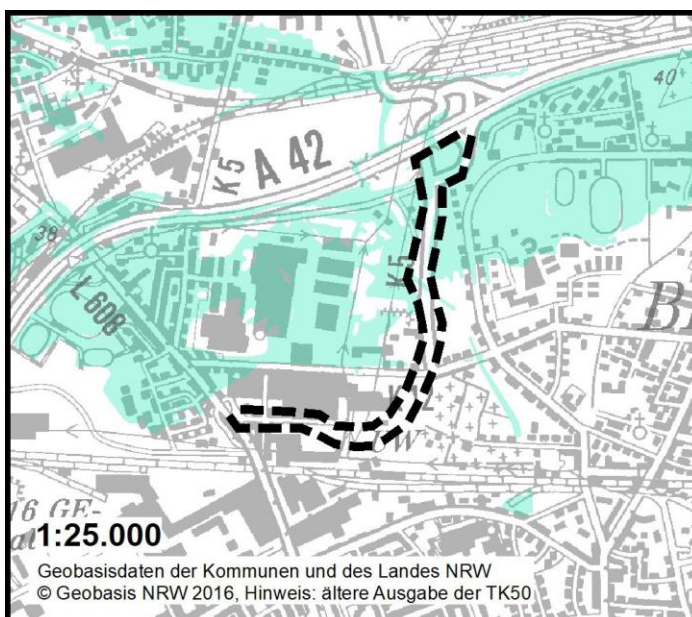
Die Stadt Gelsenkirchen verfügt über ein gesamtstädtisches Gutachten zur Ermittlung von angemessenen Abständen für die Prüfung der Verträglichkeit von Störfallbetrieben mit zukünftigen Planungen und Vorhaben unter dem Gesichtspunkt des Art. 12 der Seveso-II-Richtlinie bzw. des § 50 BImSchG. Der Änderungsbereich liegt nicht im angemessenen Abstand eines Störfallbetriebes.

5.7 Starkregen und Überflutungen

Gemäß Starkregengefahrenhinweiskarte des Landes NRW ist das Plangebiet bei Starkregenereignissen von Überflutungen betroffen. Bei extremen sowie seltenen Starkregenereignissen können in kleineren Teilbereichen Wasserstände im Bereich 0,1-0,5 m erreicht werden. Bei der konkreten städtebaulichen Planung und Entwicklung des Gebiets müssen geeignete (bauliche) Maßnahmen zur Behandlung des auftretenden Wassers und Eindämmung der Gefahren getroffen werden. Eine weitere Auseinandersetzung mit diesem Thema erfolgt im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung.

5.8 Vorsorgender Hochwasserschutz

Der Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz (BRPH) ist am 01.09.2021 in Kraft getreten. Mit dem BRPH soll angesichts verheerender Hochwasserereignisse in der Vergangenheit erstmals die Grundlage für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz geschaffen werden. Hierzu enthält der BRPH u.a. Ziele / Grundsätze zum Hochwasserschutz, die in der Bauleitplanung zu beachten / zu berücksichtigen sind. Der Änderungsbereich liegt in sehr geringem Umfang innerhalb der Hochwasserrisikogebiete, wie sie in der Beikarte zum GFNP „Vorsorgender Hochwasserschutz“ dargestellt sind. Dies ist im Norden des Plangebietes der Fall, wo keine Nutzungsänderungen geplant sind. Der vorsorgende Hochwasserschutz ist durch die Änderung des GFNP nicht betroffen.



6 Verfahrensablauf

6.1 Verfahren

Der Aufstellungsbeschluss für das vorgelegte Änderungsverfahren des GFNP wurde von den Räten der Planungsgemeinschaft zwischen dem 25.05.2022 und dem 23.06.2022 gefasst. Bis zur Öffentlichkeitsbeteiligung wurde das Verfahren als RFNP-Änderungsverfahren geführt. Die frühzeitige Beteiligung der öffentlichen Stellen, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit sowie das Scoping fanden vom 22.08.2022 bis 22.09.2022 statt. Die Öffentlichkeitsbeteiligung sowie die förmliche Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurde zwischen dem 20.03.2023 und dem 04.05.2023 durch die Räte der Planungsgemeinschaft beschlossen. Die anschließende Öffentlichkeitsbeteiligung sowie die förmliche Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange fand vom 01.06.2023 bis zum 03.07.2023 bzw. vom 12.06.2023 bis zum 12.07.2023 statt.

Mit dem Feststellungsbeschluss wird das GFNP-Änderungsverfahren beendet. Danach ist die Genehmigung durch das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung) des Landes Nordrhein-Westfalen erforderlich. Mit Veröffentlichung der erteilten Genehmigung in den amtlichen Verkündungsorganen der Städte wird die Änderung des GFNP wirksam.

6.2 Einvernehmen des RVR

Seit Oktober 2009 ist die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) die regionale Planungsträgerin im Verbandsgebiet. In dieser Funktion stellt der RVR derzeit einen neuen Regionalplan für die gesamte Metropole Ruhr auf, der den RFNP in seiner Teilfunktion als Regionalplan ablösen wird. Nach der Überleitungsvorschrift zum RFNP des § 41 LPlG konnte die Planungsgemeinschaft den RFNP nach den Vorschriften des § 25 LPlG-alt ändern. Diese Regelung galt bis zum Feststellungsbeschluss des Regionalplans Ruhr durch die Verbandsversammlung des RVR. Hinsichtlich der regionalplanerischen Inhalte des RFNP war seit dem verfahrenseinleitenden Aufstellungsbeschluss des Regionalplans Ruhr am 06.07.2018 das Einvernehmen mit dem RVR herzustellen. Die Verbandsversammlung des RVR hat sein Einvernehmen in der Sitzung am 22.09.2023 erteilt. Die Übereinstimmung mit den landesplanerischen Zielen gemäß § 34 Abs. 1 und 5 wurde vom RVR nachträglich bescheinigt.

6.3 Umgang mit den Stellungnahmen

Im Rahmen des Verfahrens sind keine wesentlichen Bedenken vorgetragen worden, die zu einer Änderung der Planung geführt haben. Aufgrund vorgetragener Hinweise und Anregungen von beteiligten Trägern öffentlicher Belange wurden die Begründung und der Umweltbericht entsprechend angepasst.

7 Flächenbilanz / Umweltmonitoring

Bestehende Darstellung	Fläche	Neue Darstellung	Fläche
Örtlicher Hauptverkehrs zug	5,2 ha	Gewerbliche Baufläche	1,4 ha
		Grünfläche	3,8 ha
		Höchstspannungsfreileitung (Nachrichtliche Übernahme)	-

Summe	5,2 ha		Summe	5,2 ha
--------------	--------	--	--------------	--------

Nach § 4c BauGB und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (§ 45 UVPG) sind die erheblichen Auswirkungen der Durchführung der Pläne und Programme auf die Umwelt zu überwachen, um insbesondere frühzeitig unvorhergesehene, negative Auswirkungen zu ermitteln und geeignete Abhilfemaßnahmen ergreifen zu können.

Das Monitoringkonzept für den GFNP (Gesamtplan) ist so aufgebaut, dass mit Hilfe von unterschiedlichen Bausteinen die gesamtträumlichen Auswirkungen der Planung erfasst werden können (siehe auch Kapitel 11.2 des Umweltberichts im Rahmen der Aufstellung des GFNP i. d. F. der Bekanntmachung).

Der erste Baustein umfasst die Ermittlung und Bewertung der steuerungsrelevanten Daten und Indikatoren. Bei der Durchführung des Monitorings wird dann im Einzelfall überprüft, ob die in der genehmigten Fassung festgelegten Überwachungsinstrumente oder Indikatoren an neue Erkenntnisse anzupassen sind. Es können jeweils nur die Indikatoren herangezogen werden, für die zu dem Zeitpunkt des Monitorings aktuelle Informationen vorliegen. Indikatoren sind u. a. die Änderung der Flächengröße bei Schutzgebieten, die Inanspruchnahme naturnaher u. schutzwürdiger Böden sowie die Veränderung der Bodenbelastung, der Gewässerzustände / Qualitäten, der lufthygienischen Situation, der klimatischen Last- und Ausgleichsräume, der Lärmsituation, von Bau- u. Bodendenkmälern und Kulturlandschaftsbereichen, des Verhältnisses Siedlungs- u. Verkehrsflächen zu Freiflächen der Realnutzung.

Der zweite Baustein nutzt die Abschichtung von Informationen über potenzielle Umweltauswirkungen aus nachgeordneten Planverfahren. Die Durchführung des GFNP erfolgt in nachgeordneten, konkretisierenden Planungs- und Realisierungsstufen, sodass (unvorhergesehene) erhebliche Umweltauswirkungen frühestens im Rahmen der nachfolgenden Planungsstufen erkennbar werden und erst mit deren Durchführung tatsächlich eintreten. Detaillierte Überwachungsmaßnahmen können somit erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung bzw. nachfolgenden Planungs- u. Genehmigungsebenen festgelegt werden. Sofern sich eine Relevanz ergibt, fließen die dortigen Ergebnisse wiederum in das Monitoring zum GFNP ein.

Der dritte Baustein des Monitorings umfasst die Nutzung der Informationspflicht der Behörden, die nach § 4 Abs. 3 BauGB verpflichtet sind, die Gemeinde über erhebliche, insbesondere unvorhergesehene nachteilige Umweltauswirkungen zu unterrichten. Gehen Hinweise auf durch die Planung ausgelöste, unvorhersehbare nachteilige Umweltauswirkungen bei der Planungsgemeinschaft (Geschäftsstelle) ein oder werden Hinweise im Rahmen der Informationspflicht der Behörden abgegeben, so wird diesen nachgegangen.

Zur Auswertung der ermittelten Daten werden über die aufgeführten umweltrelevanten Daten hinaus die Ergebnisse der Raumbbeobachtung herangezogen. Bei Bedarf wird innerhalb der Planungsgemeinschaft eine Monitoringkonferenz durchgeführt, um zu ermitteln, welche Relevanz die festgestellten Umweltauswirkungen für den GFNP haben.

Die Änderungen der Flächenbilanzen des Gesamtplanes im Zusammenhang mit den laufenden Änderungsverfahren werden als "gesamtträumliche Betrachtung" ebenfalls im Rahmen des Monitorings fortgeschrieben.

Das Monitoring des ehemaligen RFNP begann gemäß genehmigter Fassung erstmalig sechs Jahre nach Rechtswirksamkeit des Planes, d. h. 2016 und wurde im August 2017 fertiggestellt. Das aktuelle Monitoring für den Zeitraum 2016 bis 2021 befindet sich derzeit in Bearbeitung (zu diesen Zeitpunkten noch bezogen auf den RFNP).

Teil B: Umweltbericht

Siehe separates Dokument.